

**Rede von**

**IHK-Präsident Andreas Schmitz**

**zum Neujahrsempfang der IHK Düsseldorf**

**am 09. Januar 2023**

*(Es gilt das gesprochene Wort!)*

**Sperrfrist „frei für heute, 19:00 Uhr“**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle - und ich betone: alle – auf das herzlichste zu unserem IHK-Jahrempfang 2023. Und da das neue Jahr erst neun Tage alt ist, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien und Freunden darüber hinaus noch ein gesundes, erfolgreiches, aber vor allem ein friedvolleres Jahr 2023.

Besonders freue ich mich, Sie alle nach zwei Jahren coronabedingter Kontaktbeschränkungen nicht mehr nur digital, sondern live und in Farbe hier im Maritim willkommen zu heißen. Und dieser Freude haben wir mit der Gruppe „Greenbeats“ musikalisch Ausdruck verleihen wollen, deren energiegeladene und mitreißende Performance wir soeben erleben konnten. Dieses musikalische Feuerwerk zum Jahresanfang soll uns im übertragenen Sinne auch daran erinnern, dass es gerade im neuen Jahr unser aller Aufgabe ist, mit Mut, Kraft und Ausdauer böse Geister zu vertreiben.

Insbesondere den russischen Wolf, den viele von uns in Politik und Wirtschaft unter seinem Schafsfell, trotz seiner gelegentlich schon zuvor gezeigten Beißattacken, lange nicht als solchen zur Kenntnis nehmen wollten oder konnten. Wie die jungen Geißlein waren wir zu naiv, und es war ja auch bequem, naiv zu sein. Spätestens seit dem 24.2., als es uns wie Schuppen von den Augen fiel und uns jahrzehntelange beschworene Gewissheiten abhanden kamen, schauen viele Menschen in Deutschland und in Europa besorgt, um nicht zu sagen, ängstlich in die Zukunft. Denn der sich seiner Maske entledigende Wolf beschwört die Gespenster des Gestrigen herauf, und lässt uns Zeitzeugen einer Vergangenheit werden, die nicht vergehen will. Wäre es nicht bittere Realität, so könnte man auch sagen: Das Surreale hat das Museum verlassen.

Aber was, meine Damen und Herren, sind unsere Sorgen im Vergleich zu denen der Menschen in der Ukraine. Denken wir daher heute Abend, aber bitte auch danach, an unsere Nachbarn, die nicht unweit von uns z.B. in Kiew, Charkiv, Cherson oder Saporischschja oftmals ohne Wasser, Heizung und Strom in Luftschutzräumen oder ihren zerstörten Wohnungen ausharren und nicht selten ums nackte Überleben kämpfen. Seit nunmehr fast einem Jahr leiden sie physisch und psychisch unter dem unsäglichen Aggressionskrieg eines Wladimir Putin und seiner Nomenklatura.

Eines Mannes, der versucht, Städte und Dörfer in die Steinzeit zu bomben und aus dem Winter eine Waffe gegen Zivilisten zu machen. Und das alles, um auf Basis zaristischer Ideen des 19. Jahrhunderts und mit den militärischen Mitteln des 20. Jahrhunderts, Russland im 21. Jahrhundert wieder zu einem Status als imperiale Größe zu verhelfen. Und wie viele Kriegsherren vor ihm, führt er diesen Krieg mit hohem Risiko, mit allen militärischen, ökonomischen und menschlichen Ressourcen, sowie vermutlich ohne einen Plan B. Er ist, wie man an der Wall Street sagen würde, voll investiert: all in. Deshalb ist dieser Krieg auch so schwer zu beenden, weil Russland ihn eigentlich schon verloren hat. Und was die Repressalien im eigenen Lande angeht, würde ich Wladimir Putin empfehlen, beim großen Dichterfürsten von Krieg und Frieden, Leo Tolstoi nachzuschlagen: „Je mehr Verfolgung, umso offensichtlicher die Wahrheit“.

Und daher mag es paradox klingen, aber ich persönlich glaube, dass eine stärkere militärische Unterstützung auch bzw. gerade aus Deutschland, für die Ukraine der schnellste Weg zum Frieden ist. Wohlwissend, dass dann der schwierigste Part beginnt: nämlich das Land mit kräftiger internationaler Hilfe wieder so aufzubauen, dass seine Einwohner dort wieder eine Lebensperspektive haben.

Deutschland zeigt m.E. einen beunruhigenden Mangel an Empathie und Engagement gegenüber unseren Verbündeten

sowie einen Mangel an Mut gegenüber unseren Gegnern. Es ist ziemlich klar, dass es die Ukraine als unabhängigen Staat nicht mehr geben würde, wäre es in dieser Frage auf Deutschland angekommen. Daher sollten wir aufhören mit der sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerei und dem Engagement der USA folgen, sonst sind wir zwar nicht der kranke Mann Europas, aber der einsame.

Sollen also nicht alle Reden über unsere Werte Worthülsen bleiben, müssen wir als Staat und als Gesellschaft streitbarer und wehrhafter werden. Denn Putins Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung von Sicherheit und Freiheit.

Ja, meine Damen und Herren, die Zeitenwende-Rede von Kanzler Olaf Scholz war beeindruckend. Anschließend gab es so etwas wie einen Ruck durch Deutschland und der Regierung ist es auch ganz gut gelungen, den Kontrollverlust zu begrenzen, zumindest was die direkten Auswirkungen von Kriegsgefahr, Energieschock und die Angst vorm ökonomischen Abstieg angeht. Gleichwohl ist dies kein Grund zur Selbstbeweihräucherung. Lob haben vielmehr die Bürgerinnen und Bürger verdient, sowie die unzähligen gegen die Krise ankämpfenden Unternehmen. Ihre Veränderungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit nötigen Respekt ab. Etwas, das es in dieser Form nur in marktwirtschaftlich orientierten, offenen Gesellschaften gibt.

Mittlerweile ist daraus aber so etwas wie eine Zeitlupenwende geworden. Bestes Beispiel: unsere Bundeswehr. Hier setzt die „Frau der 5000 Helme“ der Plan- und Hilfslosigkeit im Bendlerblock fast täglich neue Bestmarken. Eine ganz, ganz bedeutende Verteidigungsministerin, sieht anders aus. Eine solche bräuchte auch nicht aus dem Kanzleramt heraus, betreut regiert zu werden. Hier geht es nicht Fragen der Beliebtheit, sondern in diesen Tagen von Krieg und Frieden schlichtweg um die Verteidigungsfähigkeit und die Reputation Deutschlands.

Der Angriff auf die europäische Friedensordnung, meine Damen und Herren, ist aber nur ein Teilaspekt der eigentlichen Zeitenwende, die wir seit Jahren erleben, nämlich dass sich die globale Ordnung, so wie wir sie kennen, zunehmend auflöst. Vielmehr werden wir mit einer neuen, oder sagen wir besser alten Idee konfrontiert, bei der nicht mehr die Ökonomie bzw. der wirtschaftliche Erfolg das Zahlungsmittel der Gegenwart ist, sondern der Zugewinn von geopolitischer Macht, der sich überwiegend aus Aggression und Opportunismus speist.

Mehr als 500 Jahre war Europa zusammen mit den Vereinigten Staaten das Gravitationszentrum der Welt. Nun wechselt dieses Zentrum aber wie eine tektonische Plattenverschiebung vom Atlantik in den Indo-Pazifik, wo 2/3 der Menschheit leben, 2/3 des Weltbruttosozialprodukts und 2/3 des Wachstums herkommen. Als Europäern fällt uns hier leider nur die Betonung der eigenen, historischen Größe im Sinne einer

„wertorientierten Außen- und Wirtschaftspolitik“ ein. Viel besser wäre eine eigene starke europäische Positionierung z.B über eine Intensivierung des Binnenmarktes oder eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie von Merkel und Macron leider zu unterschiedlichen Zeiten erdacht, aber nie richtig angegangen wurde. Auch unter der neuen Bundesregierung scheint das deutsch-französische Verhältnis eher recht konfliktträchtig. Hätte, müsste, könnte – Europa verharret in der Möglichkeitsform.

In dieser schwierigen Zeit ist es wichtig, auf andere Staaten mit anderen historischen Erfahrungen und kulturellen sowie gesellschaftspolitischen Entwicklungen zuzugehen und mit ihnen über die Frage zu reden, wie wir eigentlich zukünftig die Welt gestalten wollen, und zwar möglichst gemeinsam. Ich weiß, dass wir Deutschen mit guten Argumenten eigentlich wollen, dass die ganze Welt so ist wie wir: demokratisch, frei, basierend auf universellen Menschenrechten. Aber wenn wir nur das machen wollen, indem wir den anderen sagen, dass sie ganz schlimm sind, dann glaube ich, wird ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit überschaubar bleiben. Und es wird schwer, selbst die Minimalstandards einer regelbasierten Ordnung aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren, man muss die Realität nicht mögen, aber sie zu ignorieren ist gefährlich.

Wir Deutschen neigen leider manchmal dazu, eine Sache um ihrer selbst Willen so gründlich zu betreiben, bis alle schlechte Laune haben. Erinnern wir uns nur an das Thema Kapitänsbinde. Wenn das der Weg ist, wie wir zukünftig deutsche Geschichte schreiben wollen: als Moralisten, die groß ankündigen, und dann bestenfalls Satire abliefern, um es dann auf dem Platz - gedanklich also da, wo es zählt - komplett zu vergeigen. Es wäre nichts anderes als der Übermut einer Hochkultur, der jegliche Demut fehlt.

Im Endeffekt geht es um die drei großen „C“ der internationalen Politik. Confrontation, wo es um Menschenrechte geht, Competition, wo es um Wirtschaft und Technologie geht, und eben auch um Corporation, wo globale Herausforderungen nur global bewältigt werden können. Wir werden damit leben müssen, dass sich diese drei großen „Cs“ sich in Teilen widersprechen und wir sie immer neu ausbalancieren müssen. Dies gilt insbesondere für unser Verhältnis zu China, das einer neuen Strategie bedarf. Decoupling nein, aber Dezentralisierung und Differenzierung ja. Und bei unserem großen Verbündeten, den USA, sollte man in Bezug auf den „Inflation Reduction Act“ im Hinterkopf behalten, wie der amerikanische Präsident Calvin Coolidge einst das Geschäftsmodell seines Landes beschrieb: „The business of America is business“. Also zwei gute Gründe, warum Europa

viel schneller als bisher lernen sollte, auf eigenen Beinen zu stehen.

Deutschland, meine Damen und Herren, steckt in der Vollkasko-Falle. Mit ihrer Wumms-Strategie, mit der euphemistisch als Sondervermögen getarnten zusätzlichen Schuldenaufnahme hat die Bundesregierung eine neue Anspruchshaltung geschaffen. Bis weit in die obere Mittelschicht hinein wird ein bis dato unbekanntes Transferempfängertum etabliert – mitsamt der zugehörigen Mentalität. Schon durch die schiere Zahllosigkeit der ausgabenwirksamen Maßnahmen, mit denen in der Corona- und Energiekrise unterstützt wird, entsteht der Eindruck, dass jeder und alles der Absicherung bedarf. Das Volk ruft Hilfe und der Staat erwidert mit routinierter Zärtlichkeit: ich komme schon. Und der Pfarrer der Gemeinde, alias Olaf Scholz, spielt dazu an der Orgel leise die Instrumentalversion von „You`ll never walk alone“.

Wir brauchen daher nicht nur einen physikalischen Stresstest. Wir brauchen auch einen ökonomischen Stresstest. Unser Staat will uns helfen, uns unterstützen, uns entlasten. Doch das Gegenteil von gut gemeint ist gut gemacht. Und so kommt es, dass nach jeder dieser Rettungsaktionen mehr Staat und mehr Schulden übrigbleiben – und weniger Wohlstand. Denn die etatistische Großzügigkeit zur Lind(n)erung des Augenblicks

bedeutet in Wahrheit einen fortgesetzten Verzehr unserer Zukunft. In Wahrheit aber geht es um das weit verbreitete Bedürfnis nach ewiger Gegenwart, dass sich auf Kosten des Zukünftigen austoben möchte. Nicht alles lässt sich mit den Ansprüchen an ein noch zu erwirtschaftendes Bruttosozialprodukt begründen.

Wir müssen akzeptieren, dass es Wohlstandsverluste geben wird, denn wenn die Bundesregierung so weitermacht, rettet sie uns und sich noch zu Tode. Es ist daher dringend geboten, dass wir uns wieder einmal ernsthaft darüber unterhalten, wo unser Wohlstand herkommt. Und bitte, verstehen Sie mich richtig, wenn ich sage, Schlaraffenland ist abgebrannt, dann soll das nicht heißen, dass es keine solidarische Verantwortung mehr geben soll. Das Gegenteil ist eher der Fall. Denn frei nach Adam Smith „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“ ist gerade in diesen besonderen Zeiten der falsche Weg genauso wie eine bourgeoise Gerechtigkeitskultur.

Meine Damen und Herren, in einer Phase, in denen fast die ganze Welt Kopf steht, helfen uns die Erfahrungen der Vergangenheit nur bedingt, weil diesmal alle Zulieferer und Kunden, Geldgeber und Arbeitnehmer betroffen sind, weil Politik und Verwaltung den üblichen Weg verlassen bzw. verlassen müssen. Jetzt ist es nicht damit getan, nur an ein paar Stellschrauben zu drehen und eine Handvoll Parameter

neu zu justieren, sondern wir müssen das Geschäftsmodell dieses Landes neu aufstellen.

Was uns in der Wirtschaft dabei verzweifeln lässt, ist die ausufernde Bürokratie. Sie abzubauen ist eine wohlfeile Floskel. Denn selbst mit jeder neuen Regelung zum Abbau schaffen wir es diesen nachwachsenden Rohstoff weiter zu düngen.

Wir brauchen dringend weniger Bürokratie – unter anderem aufgrund der Erkenntnis, dass nicht alles vom Staat ausgehen muss, sondern dass wir auch eine individuelle Verantwortung haben. Wir realisieren gerade – unter massiven äußerem Druck - dass uns das lieb gewordene Status-Quo-Denken mit seinem eingebauten Wohlstands-Navi nicht den Weg ins Hindernisfreie gewiesen hat, sondern uns geradezu auf roughes, unebenes und schwer einsehbares Terrain geführt hat. Langes Nachdenken, weitverzweigtes Abwägen und geflissentliches Weiterreichen an andere Bedenkenträger, hilft in einer solchen Situation nicht.

Um es mit dem Schriftsteller William Faulkner zu sagen: „You have to kill your darlings“.

Um zukunfts- und wettbewerbsfähig zu sein, sollten wir auch im politischen Denken mehr Disruption wagen. Die Politik sollte Freiräume für Innovation schaffen, sie sollte technologieoffen sein; kurzum gestalten anstatt nur zu verwalten! Dabei sollte frei

von Meinungsumfragen, Klientelpolitik und ideologischer Begleitmusik egal welcher Couleur das Geschäftsmodell Deutschland neu gedacht werden. Es gibt keinen Fehler durch Handeln, sondern nur Fehler durch Unterlassen. Die Schnelligkeit von Entscheidungen sollte einhergehen mit der Schnelligkeit zur Korrektur, Kurswechsel oder Vollbremsung, je nach der Dimension erkannter Fehler. Zehntausende von Unternehmen haben diese agilen Methoden zur Grundlage ihres Handelns gemacht – warum nicht auch die Politik und die Verwaltung?

Aber nein: wieder will Deutschland der Welt zeigen, wie es geht. Man kann der Bundesregierung vieles vorwerfen, nur nicht einen Mangel an Ideen, die weder hilfreich noch zielführend sind. Ob Energiewende, Digitalisierung oder der Ausbau des ÖPNV. Wir verstricken uns immer mehr – dabei gilt es jetzt, unbürokratisch und schnell zu handeln. Dass wir auch anders können, zeigt das Beispiel der LNG-Terminals. Wer, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt.

Ich nenne es die deutsche Krankheit. Sie hat inzwischen den gesamten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft befallen. Überall wirken inzwischen Bund, Länder und Kommunen mit, die verschiedensten Institutionen, Einrichtungen, Gutachter und am Ende immer noch ein Beauftragter für irgendwas. Am Ende steht eine organisierte Strukturlosigkeit mit dem Ergebnis, dass

keiner mehr zuständig, verantwortlich, für irgendwas in der Pflicht ist.

Unser Land wird zunehmend dysfunktional. Und nirgendwo wird das Versagen so deutlich wie in unserer Hauptstadt Berlin. Unglaublich vieles funktioniert bei uns nicht mehr richtig. Dabei wollen die Menschen - gerade angesichts dieser zeitlich besonders engen Abfolge von Krisen – gut regiert werden. Dazu bedarf es – soll unsere Gesellschaft nicht noch heftiger durchschüttelt werden, in erster Linie einer zielgerichteten, effizienten und Zukunft ermöglichenden Politik und Verwaltung. Ich finde, darauf sollte man sich viel mehr konzentrieren, anstatt sich in Debatten zu üben, ob in den Köpfen der Bürger wohl noch die richtigen Einstellungen und Werte stecken. Und was man macht, falls nicht.

Derzeit habe ich (alter weißer Mann) hingegen das Gefühl, dass wir uns zu sehr auf Themen konzentrieren, die im Lebensalltag der Menschen kaum eine Rolle spielen und wir noch zu sehr mit dem Rücken zu unseren wirklichen Problemen leben. Es steht für mich völlig außer Frage, dass Diversität eine wichtige Aufgabe ist und Minderheiten jedweder Form stattfinden müssen. Das erlaubt aber nicht, dass Sprache als Druckmittel eingesetzt wird, mit deren Hilfe der Andersdenkende am Sprechen gehindert werden soll. Wer immer sich im Besitz der alleinigen moralischen Wahrheit glaubt, liegt falsch. Er schafft eine Ideologie, die sich zwar vordergründig um Gerechtigkeit

bemüht, im Grunde aber Intoleranz schafft. Erlauben Sie mir bitte in diesem Zusammenhang – sagen wir als kultivierte Renitenz ein Zitat von Otto von Bismarck: „Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln“.

Daher lassen sie uns streiten für eine offene Diskussionskultur, die weder Debattenverbote kennt noch politische Entscheidungen als alternativlos klassifiziert, und sie damit dem öffentlichen Diskurs entzieht. Lehnen wir jede Form von „Cancel Culture“ ab, die sich über die von der Verfassung gesetzten Grenzen hinaus das Recht nimmt, darüber zu entscheiden, wer was wann wie sagen darf. Und das beinhaltet auch für mich einen respektvollen Umgang miteinander, der eine respektvolle Sprache einschließt und jede Form sprachpolitischer Bevormundung und Zwänge ablehnt. Bleiben wir also wissbegierig, reflektierend, offen für die Argumente anderer Positionen – kurzum denkende Menschen.

Und da wir das sind, ist es auch nicht das Ende der Geschichte und somit kein Grund, komplett fatalistisch zu werden. Diese Gesellschaft hat weiterhin viele Potentiale zur Selbstkorrektur. Revitalisierung der Demokratie beginnt dann, wenn man das politische relativiert, und nicht mehr versucht, es lediglich in neuen Gesetzen, EU-Direktiven oder Rechtsverfahren aufgehen zu lassen. Das ist, wenn man so will, der positive

Effekt unserer momentanen Krisen: sie revitalisieren tatsächlich die Politik – denn es geht wieder um Grundsätzliches, und es geht um viel.

Lassen Sie mich zum Abschluss das Vorgesagte auch auf Düsseldorf und den Kreis Mettmann und unsere IHK übertragen. Die Tatsache, dass wir in einer der wirtschaftsstärksten Regionen in NRW und Deutschland leben und die aktuellen Krisen relativ gut schultern, darf uns nicht selbstzufrieden machen. Dass wir in unserer IHK über ein unternehmerisches Ehrenamt verfügen, dass sich einbringt und Partizipation ernst nimmt, ist sehr gut, allerdings nicht die Garantie, dass man politisch auch immer gehört wird. Und dass unsere IHK die Cyberattacke engagiert und mit wenig Nachteilen für ihre Kunden überstanden hat, ist noch nicht ein Zeichen für gelungene Digitalisierung. Daher gilt es sich weiter anzustrengen, denn das Bessere ist der Feind des Guten.

Zumutungen sind und werden in den kommenden Jahren zu unserem täglichen Begleitprogramm gehören. Das sage ich durchaus ermunternd an unseren Oberbürgermeister, unseren Landrat sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte im Hinblick auf die kommunalen Haushalte. Das Wichtigste ist, zukunftsgerichtet zu investieren und sich möglichst bei konsumptiven Ausgaben zurückzuhalten bzw. sie einkommensabhängig zu gestalten. Das ist bei den

Bürgerinnen und Bürgern unpopulär, aber meine Unterstützung haben sie.

Leichte positive Signale gab es vom Ausbildungsmarkt. So konnten wir 2022 den Negativtrend bei den neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen stoppen und 7,1 Prozent zusätzliche Auszubildende in der Region begrüßen. Zu einer nachhaltigen Lösung des Fachkräftebedarfs reicht dies aber lange noch nicht. Der Handlungsbedarf ist dabei so augenscheinlich, dass die Zeit für Formaldebatten abgelaufen ist. Lassen sie mich es etwas deutlicher sagen: Deutschland ist in Wahrheit ein Zufluchtsort, aber kein modernes Einwanderungsland. Im internationalen Rekrutierungswettbewerb ist Deutschland als Zielort bisher nicht sehr begehrt. Teile der Politik senden das Signal in alle Welt: Wer´s – ob berechtigt oder nicht – nach Deutschland schafft, darf bleiben. Während z.B. in Kanada die Migrantenkinder überdurchschnittliche Bildungsabschlüsse erreichen, gilt hierzulande das Gegenteil und während bei uns Integrationsprobleme gerne unter den Teppich gekehrt werden, sorgen die Kanadier mit ihrer weitsichtigen Migrationspolitik dafür, dass sie erst gar nicht entstehen.

Meine Damen und Herren bevor ich zum Schluß komme, möchte ich mich bei allen Ehrenämtern und Ehrenamtlerinnen für ihr Engagement in unserer IHK bedanken, sei es in unseren Gremien, Ausschüssen, oder im Prüfungswesen. Mein besonderer Dank jedoch gilt dem Team der IHK, und zwar von

der Pförtnerloge bis hinauf zur Geschäftsführung. Sie alle haben in einem besonders herausfordernden Umfeld mit viel Engagement und Kreativität einen Super-Job gemacht. Dem ganzen Präsidium ist es eine Ehre und Freude mit Ihnen zusammen arbeiten zu dürfen.

Meine Damen und Herren, aus den guten Erfahrungen der digitalen Neujahrsempfänge in den letzten beiden Jahren - möchten wir Ihnen heute wieder ein Magazinprogramm anbieten und damit der Wirtschaft eine Stimme geben, die aktuellen Herausforderungen zu analysieren und ihre Einschätzungen und Erwartungen zu formulieren.

Durch den Abend führen wird uns die bekannte Journalistin Isabelle Körner, die auch die beiden Diskussionsrunden moderieren wird.

Meine Damen und Herren, wer meine Reden kennt, weiss, dass ich nie ohne Zitat enden kann. Diesmal ist es Aristoteles:

„Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel anders setzen“.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen nochmals alles Gute zum neuen Jahr. Vielen Dank.